

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 7. August 2026 • Nr. 181/32 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

Lebenslange Haftstrafe für Attentäter

MÜNCHEN. Das Oberlandesgericht München hat am Donnerstag den 25 Jahre alten Afghanen Farhad N. unter anderem wegen Mordes an zwei Menschen und versuchten Mordes in 23 Fällen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Zudem wurde die besondere Schwere der Schuld festgestellt. Der abgelehnte Asylbewerber N. hatte am 13. Februar 2025 in München seinen Wagen in das Ende eines Demonstrationszuges der Gewerkschaft Verdi gesteuert. Durch den Aufprall wurden eine 37 Jahre alte Frau und ihre zweijährige Tochter meterweit auf die Straße geschleudert. Sie erlagen zwei Tage später im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen. Viele Menschen wurden zudem schwer verletzt. Als Motiv für die Tat sieht das Gericht eine „religiös-politische“ Überzeugung des Angeklagten. Der Muslim sunnitischen Glaubens habe sich von Herbst 2024 an intensiv mit dem Islam beschäftigt und begonnen, fünfmal am Tag zu beten. Zudem habe er die USA und andere westliche Länder für das Leid von Muslimen in der Welt und vor allem in Afghanistan verantwortlich gemacht. Bei ihm sei „der Vergeltungsgedanke“ stark ausgeprägt gewesen, sagte der Vorsitzende Richter in der Urteilsbegründung. *(Siehe Seite 4.) ktr.*

Das zweite Leben eines Linienbusses



Schutzraum – Je länger die hohen Temperaturen andauern, desto herausfordernder wird es für uns Menschen. Allein durch die heftige Hitzewelle Ende Juni sind deutschlandweit fast 10.000 Menschen gestorben. Das gab das Robert-Koch-Institut in seiner jüngsten Schätzung bekannt. Wie viele von

ihnen obdachlos waren, steht in keiner Statistik. Doch die immer heißeren Sommer werden zur Gesundheitsgefahr für jene, die keinen Rückzugsort haben. Die Stadt Frankfurt will ihnen helfen – mit ausrangierten Linienbussen, mobilen Klimageräten und Ventilatoren. **Seite 3** Foto Frank Rötth

Das hybride Dilemma

Von Nikolas Busse

Was bisher über den Anschlagversuch auf dem Leipziger Flughafen bekannt ist, enthält Hinweise auf die möglichen Täter und ihre Hintermänner. Der verwendete Sprengstoff legt staatliche oder zumindest staatlich unterstützte Akteure nahe; die Nähe einer aufgefundenen Drohne zu ukrainischen Flugzeugen verweist auf Russland. Aber es sind eben nur Hinweise, keine Gewissheiten. Deswegen ist es unseriös, wenn die Grünen jetzt von Bundesinnenminister Dobrindt verlangen, Russland als Schuldigen zu benennen. Der Staat muss sich schon sicher sein. Es geht hier um eine Frage von weitreichender außenpolitischer Bedeutung. Müsste die NATO reagieren? Oder müsste man weitere Sanktionen gegen das Land verhängen?

Es liegt in der Natur der hybriden Kriegsführung, dass sie genau dieses Dilemma hervorruft: Sie stiftet Unruhe, kann sogar großen Schaden verursachen, aber sie lässt sich meist nicht eindeutig zurechnen. Deshalb kommt es hier in erster Linie auf die

Abwehr an. Da hat Deutschland im Jahr vier nach der „Zeitenwende“ offenbar immer noch erhebliche Defizite. Wie kann es sein, dass sieben große deutsche Flughäfen immer noch auf eine Nachrüstung für die Erkennung und Abwehr von Drohnen warten? Dass eine Drohne zufällig von einem Mitarbeiter entdeckt wird, ist eine glückliche Fügung, aber darauf kann ein Erste-Welt-Land doch nicht ernsthaft seine Sicherheitsarchitektur aufbauen. Was macht eigentlich das neue Drohnenabwehrzentrum? Und ist das Kompetenzwirrwarr bei der Drohnenabwehr wirklich schon ausreichend gelichtet?

Diskussionen über Sicherheitsfragen enden in Deutschland oft mit der fatalistischen Feststellung, hundert Prozent Sicherheit könne es nicht geben. Das ist wahr, gerade auf dem sich rasch entwickelnden Feld der Drohnentechnik. Aber man sollte schon versuchen, sich den hundert Prozent so weit wie möglich zu nähern. Jede geglückte Abwehr verhindert, dass Menschen oder Sachen zu Schaden kommen.

Südasiens selbstbewusste Jugend

Von Till Fähnders

Die Jugend des Westens scheint zunehmend verzagt, in Südasien kämpft sie um ihre Zukunft. Aber warum geht uns das überhaupt etwas an? Die Region scheint weit weg von Deutschland. Dafür leben in Südasien mehr als zwei Milliarden Menschen. Die große Mehrheit ist jung. Das Medianalter, an dem sich die Bevölkerung in einen gleich großen älteren und jüngeren Teil aufteilen lässt, liegt bei knapp 28 Jahren. Die Länder sind wirtschaftlich und gesellschaftlich dynamisch. Doch Arbeitslosigkeit, Korruption und Dominanz alter Eliten bringen die Jungen auf die Barrikaden.

Zunächst hat die Generation Z, der meist die 1997 bis 2012 Geborenen zugeordnet werden, in Sri Lanka, Bangladesch und Nepal rebelliert. Etwas später hat nun auch Indien seine Jugendbewegung. Der Aufstand der „Kakerlaken“, wie sich die jungen Demonstranten auf eine unglückliche Bemerkung eines Richters hin selbst getauft haben, hat zwar nicht die Führung des weltweit bevölkerungsreichsten Landes gestürzt. Unter dem Druck der Straße reichte aber der Bildungsminister seinen Rücktritt ein. Die Regierung stößt Reformen an.

Südasiens Gen Z muss wie ihre westlichen Altersgenossen große Herausforderungen bewältigen. Doch während Europas Klimaproteste verebben, sich Frust, Resignation und Lethargie breitzumachen scheinen, kämpft Südasiens Jugend gegen Perspektivlosigkeit, starre Systeme und die Herrschaft der Alten an. Dabei waren die direkten Auslöser je nach Land unterschiedlich: In Sri Lanka war es eine Wirtschaftskrise, in Bangladesch eine neue Quote für Regierungsjobs und in Nepal eine vorübergehende Blockade sozialer Medien. In Indien ging es um Betrug im Prüfungssystem für den öffentlichen Dienst.

Südasiens Junge lehnen sich mit Straßenprotesten, aber auch mit dem für sie typischen Humor im digitalen Raum dagegen auf. Sie trauern nicht um das, was ihnen verloren geht, sondern kämpfen für das, was ihnen versprochen wurde. Der Grund für diesen Unterschied im Umgang mit Unwägbarkeiten dürfte im jeweiligen Erfahrungshorizont liegen. Die Jugend des Westens ist mit dem Gefühl der Krise aufgewachsen. Für sie scheint es nur noch bergab zu gehen. Dagegen haben die südasiatischen Jugendlichen erlebt, wie sich die Umstände für sie verbessert haben. Sie sind erstmals mit dem Gefühl groß geworden, dass sozialer Aufstieg möglich ist.

Als Schlüssel dafür gelten in Südasiens Bildung und harte Arbeit. Während in Westeuropa selbst Grundkenntnisse in Lesen, Rechnen und Schreiben nicht mehr selbstverständlich erscheinen, hat sich das Bildungsniveau im Süden Asiens deutlich ver-

bessert. Die Zahl der Analphabeten hat drastisch abgenommen. Die Zahl der Kinder, die keine Grundschulbildung erhalten, hat sich halbiert. Im Jahr 2001 lag die Zahl der Studenten allein in Indien bei 8,8 Millionen, 2024 bei rund 45 Millionen. Da viele Abschlüsse in Naturwissenschaften, Technik und Mathe machen, sind sie für das an Fachkräftemangel leidende Deutschland interessant.

Anders als vor ein paar Jahren gilt aber auch in Südasien heute ein höherer Bildungsgrad nicht mehr als Jobgarantie. Es konkurrieren Millionen junge Menschen um wenige Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Immer häufiger erweisen sich die Jahre des Lernens als vergebens. Die Familien haben sich in Kosten gestürzt, ohne

Auch in Bangladesch, Sri Lanka oder Indien gibt es Herausforderungen. Die Jungen kämpfen dagegen.

dass es sich auszahlt. Auch in Südasiens haben Pandemie, Kriege und Wirtschaftskrisen ihre Spuren hinterlassen. Und die Ungleichheit nimmt zu: Während sich viele aus der Armut befreien konnten, werden die Reichen noch reicher. Dazwischen blutet die Mittelschicht.

Das höhere Bildungsniveau hat aber auch zunehmend mündige Bürger geschaffen. Nie war eine Generation so gebildet und so vernetzt wie diese. In den betroffenen Ländern wuchs bei den Jungen zuletzt auch das Gefühl, dass die Räume für offene Kritik, freie Rede und moderne Ideen kleiner geworden waren. Sie reagierte darauf nicht mit Resignation. Ihr Aufstand muss nicht in Revolutionen enden. Indiens Gen-Z-Bewegung distanzierte sich von ihren Altersgenossen in Sri Lanka, Bangladesch und Nepal, die ihre Regierungen mit Gewalt zum Rücktritt zwangen. Sie hielt am friedlichen Protest fest.

Durch ihren Erfolg hat Südasiens Gen Z ein Gefühl der Macht entwickelt. Das wird sich in Zukunft auf verschiedene Weise und in den jeweiligen Ländern unterschiedlich äußern. Die neuen Regierungen in Nepal, Bangladesch und Sri Lanka müssen erst noch zeigen, wie sie längerfristigen Wandel schaffen und so weitere Aufstände verhindern. Auch in Indien könnten die Jungen wieder auf die Straße gehen, wenn sich die Regierung nicht empfänglich für ihre Sorgen zeigt. Sie werden sich aber auch auf andere Weise einbringen. Bei der Parlamentswahl 2029 in Indien wird die Gen Z zum ersten Mal die größte Wählergruppe stellen. Da die Region auch für Deutschland als Partner von Interesse ist, sollten wir genau hinschauen.

Kuscheln mit Kraken

Der Oktopus galt lange Zeit als Monster oder Delikatesse. Heute ist er ein Seelentier des Menschen. Wie kam es dazu? **Feuilleton, Seite 11**

Dankbarkeit für Trump

Todd Blanche war früher der Anwalt des amerikanischen Präsidenten. Der versprach, ihn zum Star zu machen. **Politik, Seite 3**

Gesamtgedenken

50 entscheidende Bücher aus 250 Jahren US-Geschichte: Unsere Serie endet mit Percival Everetts „James“. **Feuilleton, Seite 11**

Neustart in Budapest

Das Sziget ist eines der größten Festivals Europas. Nach Jahren im Visier der Orbán-Regierung soll nun vieles anders werden. **Wirtschaft, Seite 23**

Auf der großen Bühne

Die Radrennen der Frauen bekommen endlich auch die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. **Sport, Seite 32**

Sanierung im alten Haus

Zwei Brüder wagen sich an den Umbau des großen Gebäudes der Urgroßeltern. Was erneuern sie alles? **Immobilien, Seite 20**

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

Karlsruhe fordert schnellere Wahlprüfung

Das Bundesverfassungsgericht hat den Bundestag aufgefordert, Einsprüche gegen die Bundestagswahl 2025 schneller zu bearbeiten. In einem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss kritisieren die Richter des Zweiten Senats, der Bundestag habe „keine hinreichenden Anstrengungen“ unternommen, um Verzögerungen bei der Wahlprüfung aufzuheben. Während der letzte Bundestag nach 14 Monaten bereits mehr als 2000 Einsprüche entschieden hatte, sind es beim aktuellen Bundestag nach 15 Monaten erst 450 von etwa 1000 Verfahren. *(Siehe Seiten 4 und 10.) fht.*

Berliner SPD spricht sich gegen Enteignungen aus

BERLIN. In Berlin hat die SPD klargemacht, dass es Enteignungen mit ihr nach der Wahl am 20. September nicht geben werde. Nachdem die Bundesvorsitzende der Linken, Ines Schwerdtner, erklärt hatte, eine Koalition werde es nur mit einer Verabredung geben, Immobilienunternehmen zu enteignen, teilte der SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach mit, wenn das die rote Linie für die Linkspartei sei, „dann müssen sie gucken, mit welcher Koalition sie das umsetzen wollen – mit der SPD jedenfalls nicht“. Krach sagte dem „Stern“, er habe Enteignungen immer abgelehnt. *(Siehe Seiten 4 und 10.) pca.*

Kreuzfahrtbranche will klimafreundlicher werden

HAMBURG. Die Kreuzfahrtbranche hat für die kommenden Jahre Milliardeninvestitionen angekündigt und will einen erheblichen Teil des Geldes auch in umweltfreundliche Antriebe stecken. Mit dieser Ankündigung reagiert der Branchenverband CLIA auf eine Erhebung der Umweltorganisation NABU, die der Branche vorwirft, nur kleine Fortschritte zu machen. Die Hälfte aller Kreuzfahrtschiffe sei mit Schweröl unterwegs, obwohl es längst Alternativen gebe. Positiv fällt auf, dass immer mehr Schiffe auf Landstrom umschalten können, wenn sie im Hafen liegen. *(Siehe Wirtschaft, Seite 18.) sup.*

Türkei bringt PKK-Gesetz auf den Weg

ANKARA. Das türkische Parlament soll noch vor der Sommerpause ein Gesetz verabschieden, das den Weg für die Freilassung und Rückkehr von Mitgliedern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ebnen soll, sofern sie nicht an tödlichen Aktionen beteiligt waren. Das Gesetz, das am Mittwoch ins Parlament eingebracht wurde, ist Teil eines Prozesses zur Beendigung des mehr als 40 Jahre währenden bewaffneten Konflikts zwischen der PKK und dem türkischen Staat. Erst soll der nationale Sicherheitsrat die Entwaffnung und Auflösung aller Strukturen der PKK bestätigen. *(Siehe Seite 6.) boe.*



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, E-Mail: kundenservice@faz.de oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs